

Martin Sonneborn

**HERR SONNEBORN
GEHT NACH BRÜSSEL
ABENTEUER IM
EUROPAPARLAMENT**

Kiepenheuer & Witsch

Aus Verantwortung für die Umwelt hat sich der *Verlag Kiepenheuer & Witsch* zu einer nachhaltigen Buchproduktion verpflichtet. Der bewusste Umgang mit unseren Ressourcen, der Schutz unseres Klimas und der Natur gehören zu unseren obersten Unternehmenszielen.

Gemeinsam mit unseren Partnern und Lieferanten setzen wir uns für eine klimaneutrale Buchproduktion ein, die den Erwerb von Klimazertifikaten zur Kompensation des CO₂-Ausstoßes einschließt.

Weitere Informationen finden Sie unter:
www.klimaneutralerverlag.de



Verlag Kiepenheuer & Witsch, FSC® N001512

1. Auflage 2020

© 2019, 2020, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln
Alle Rechte vorbehalten
Covergestaltung: Barbara Thoben, Köln
Covermotiv: © SMAC-Film
Gesetzt aus der Minion und der Trade Gothic
Satz: Buch-Werkstatt GmbH, Bad Aibling
Druck & Bindung: CPI books GmbH, Leck
ISBN 978-3-462-00044-3

VORWORT

Liebe Leser,

Sie sind doch verrückt! Einen bekennenden EU-Kritiker und »Politclown« (*Süddeutsche Zeitung*) nach Brüssel zu schicken, das ist kein Spaß. Mit anderen Worten: Die Grenzen der Satire sind weit überschritten, wenn Typen wie Günther Oettinger, Udo Voigt (NPD) und ich plötzlich Typen wie Sie von Brüssel aus regieren müssen.

Wobei meine Situation dabei wohl am dramatischsten ist – herausgerissen aus dem halbwegs seriösen Umfeld von *Titanic* und »heute show« und hineingeworfen mitten in ein Brüsseler »Spaßparlament« (BVerfG, kein wörtliches Zitat), das schon wegen des fehlenden Initiativrechtes über ein ausgeprägtes Demokratiedefizit verfügt und bei uns in Deutschland nicht den allerbesten Ruf genießt.

Schuld ist natürlich wie immer der Wähler. 184709 wahlberechtigte Bürger haben in der Europawahl 2014 ihre Stimme der PARTEI gegeben. Schuld sind aber auch das Bundesverfassungsgericht und der Bundestag, denn 184709 Stimmen sind lediglich 0,6 Prozent der abgegebenen Stimmen. Ein Mandat erringen konnten wir damit lediglich, weil das höchste deutsche Gericht die Fünfprozenthürde als verfassungswidrig eingestuft hatte. Immerhin verzerrt diese ohne triftigen Grund das Wahlergebnis und verstößt gegen die Chancengleichheit der Parteien.

Der Bundestag dagegen war zu bequem, sich inhaltlich mit dem Urteil auseinanderzusetzen, und beschloss daraufhin mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen die Einführung einer – Dreiprozenthürde.

So war es eigentlich keine große Überraschung, dass das Verfassungsgericht dann auch dieser reduzierten Sperrklausel auf

die – von Anwälten mit Krawatten höflich vorgetragene – Bitte einiger unseriöser Kleinparteien hin dieselbe Verfassungswidrigkeit bescheinigte. Unnötig, zu erwähnen, dass Die PARTEI mit geklagt hat.

Sachdienlicher Hinweis der Tagesschau

Gerichtspräsident Andreas Voßkuhle stellte klar, dass gerade bei der Wahlgesetzgebung die Gefahr bestehe, »dass die jeweilige Parlamentsmehrheit sich statt von gemeinwohlbezogenen Erwägungen vom Ziel des eigenen Machterhalts leiten lässt«. Die Stimme jedes Wählers müsse grundsätzlich denselben Zählwert und die gleiche Erfolgchance haben, sagte Voßkuhle.

Der Grundsatz der Chancengleichheit der Parteien erfordere zudem, dass jeder Partei gleiche Chancen bei der Verteilung der Sitze eingeräumt werden. Ausnahmen seien nur durch gewichtige Gründe zu rechtfertigen.

Soso. Ein Mandat also. Für das EU-Parlament. Verdutzt stehe ich am Wahlabend inmitten fröhlich feiernder PARTEI-Mitglieder vor der Manyo Bar in Ostberlin, als die Mathematiker in der PARTEI mir erklären, dass wir mit fast an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ein Mandat erhalten werden. Der Bundestag hatte offenbar vergessen, die Sitzzuteilungsmethode, die eigentlich auf eine Sperrklausel ausgerichtet ist, zu ändern. Angesichts des überhasteten Gesetzgebungsverfahrens, bei dem die Wahlrechtsänderung innerhalb von einer Woche durch den Bundestag getrieben wurde, mag man das niemandem zum Vorwurf machen, Smiley! Dennoch hat dieses Versäumnis zur Folge, dass schon ab etwa einem halben Prozent aufgerundet wird und einer der 96 deutschen Sitze im EU-Parlament an uns fällt. Dass das nicht jedem gefallen wird, ist klar.

Sachdienlicher Hinweis der Tagesschau

CDU und CSU im EU-Parlament kritisierten das Karlsruher Urteil. »Nun müssen wir mit dem Urteil leben und auch damit, dass wir Splitterparteien und radikale Kräfte aus Deutschland

im EU-Parlament haben werden. Das ist keine sehr angenehme Situation«, erklärten der Vorsitzende und der Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe, Herbert Reul und Markus Ferber.

Sachdienlicher Hinweis der Welt

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im EU-Parlament, Elmar Brok (CDU), griff das Gericht wegen der Abschaffung der Dreiprozenthürde bei Europawahlen scharf an. »Mit dem Urteil schwächt Deutschland sich selbst. Einerseits klagt das Verfassungsgericht über zu wenig Demokratie in der EU, und dann hindert es das Parlament, vernünftige demokratische Kontrolle auszuüben«, sagte Brok. In dem Urteil komme »die Verachtung einiger Richter für Politik zum Ausdruck. Ich würde die Damen und Herren gern einmal zu einem vierwöchigen Praktikum ins EU-Parlament einladen, damit sie dessen Funktionsweise verstehen.«

Sachdienlicher Hinweis des NDR

Diese politikparodistische Spaßguerilla verhöhnt die Menschen in nicht demokratischen Ländern. Was sollen eigentlich die Wählerinnen und Wähler in der Ukraine denken, die nicht ins Wahllokal gelassen wurden?*

Ich habe nichts gegen Mandate. Einige unserer besten Politiker hatten Mandate. Aber mein Leben auf den Kopf stellen, um irgendwo in einem Parlament herumzuhängen? Kommt nicht in Frage. Zum ersten Mal haben wir von *ZDF Neo* ordentlich dotierte Verträge für längere Dokumentationen angeboten bekommen. Der 25. Jahrestag der Wiedervereinigung stand an, sollte der ohne unsere Filmbeiträge gefeiert werden? Und was hatte der eine Typ in der *Welt* gesagt, vier Wochen reichen, um die Funktionsweise des Europaparlaments zu verstehen? Da traf es sich ja gut, dass

* Anmerkung der PARTEI: Ja, was sollen sie wohl denken? Z.B. »Verdammter Wodka, hab ich hier etwa auch Lokalverbot?«

wir vorgesorgt und bei unserem Bundesparteitag in Bremen etwas großspurig und für den Fall der Fälle 96 Leute auf die Europaliste der PARTEI gewählt hatten. Ein paar Jever später steht mein Plan fest. Dass ich auf der frühmorgendlichen Fahrt nach Hause offenbar noch einen Anruf entgegengenommen habe, wird mir erst bewusst, als ich beim Aufwachen am nächsten Tag meine Stimme überraschend klar im Radio höre. Der anschließende Kommentar vermeldet, dass ich bereits mit der Arbeit begonnen hätte, während viele andere noch schliefen.

Sachdienlicher Hinweis der Zeit

Die Satire-Partei »Die PARTEI« hat bei der Europawahl einen Sitz im Parlament bekommen. Parteichef Martin Sonneborn ist der gewählte Abgeordnete, will aber schon nach einem Monat sein Amt wieder abgeben. »Ich werde mich vier Wochen lang intensiv auf meinen Rücktritt vorbereiten«, sagte er. Damit will der frühere Chefredakteur der »Titanic« eine Rotation einleiten. Der Plan: Die Parteimitglieder sollen monatlich zurücktreten, um 60 Kollegen »durchzuschleusen durch das EU-Parlament«, vor allem wegen des Geldes. »Wir melken die EU wie ein kleiner südeuropäischer Staat.«

Der Plan ist einfach und gut. Fünf Jahre Mandat ergeben 60 Monate, in denen wir mittels monatlichen Rücktritts einen Abgeordneten und 59 Nachrücker durch das Parlament schleusen können. Eine kurze Recherche bei Wikipedia ergibt, dass sich der Monat finanziell nicht nachteilig auswirken muss: rund 8000 Euro monatliches Grundgehalt, zuzüglich einer Büropauschale in Höhe von 4300 Euro und noch mal 21 000 Euro für Mitarbeiter – das machte summa summarum rund 33 000 Euro, mit denen man politisieren kann. Hartz 33! Dafür konnte man sich schon mal einen Monat lang Brüssel ansehen. Zumal Wikipedia auch noch ein sechsmonatiges Übergangsgeld versprach, um die Wiedereingliederung nach vier Wochen Belgien zu erleichtern.

Sachdienlicher Hinweis der Süddeutschen Zeitung

Frank-Walter Steinmeier regt das auf: »Parteien, die sich am Tag nach der Wahl einen Spaß daraus machen, sich publikumswirksam zurückziehen, leisten keinen Beitrag zur Demokratie, eher das Gegenteil.« Auch wegen Sonneborns »Jux-Partei« müsse man sich fragen, »ob es wirklich für alle Zeiten unzulässig sein soll, über eine Sperrklausel für das Europaparlament nachzudenken«. Wenn dies über das nationale Recht nicht gehe, müsse man halt überlegen, eine Hürde auf europäischer Ebene einzuführen.

Was ist eigentlich das Gegenteil von einem Beitrag, frage ich mich und empfehle dem Kollegen Steinmeier auf Twitter, am Volkshochschulkurs »Grammatik für Außenminister (I)« teilzunehmen. Und darüber nachzudenken, ob nicht die SPD mit einem publikumswirksamen Rückzug einen Beitrag zur Demokratie leisten sollte. Apropos »Demokratie«, vielleicht sollte Steinmeier den Kurs auch gleich dazubuchen: auf europäischer Ebene ein Wahlrecht einführen zu wollen, das auf nationaler Ebene nicht mit unserer Verfassung zu vereinbaren ist – wer ist hier eigentlich der Politclown?

Aber Kritik kommt auch aus dem EU-Parlament. Eine CDU-Abgeordnete namens Inge Gräßle bombardiert die Medien mit einer Pressemitteilung. Empfängt man so neue Kollegen?

Sachdienliche Presseerklärung von Inge Gräßle, Sprecherin der EVP-Fraktion im Haushalts- kontrollausschuss des Europäischen Parlaments

»Eisberg voraus!«

Neukollege Sonneborn zeigt peinliche Schwächen bei den Inhalten seines angeblichen 1-Monat-Jobs: Europaabgeordnete verdienen weit weniger als er behauptet, sagte die CDU-Europaabgeordnete und Sprecherin der EVP-Fraktion im Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments, Inge Gräßle.

Der Parteivorsitzende der »Partei«, Martin Sonneborn, hat behauptet, Europaabgeordnete würden pro Monat über mehr als 30000 Euro verfügen. Tatsächlich verdient ein deutscher Europa-

abgeordneter ungefähr so viel wie ein Bundestagsabgeordneter und muss sein Gehalt selbstverständlich in Deutschland versteuern. Sonneborn will sich die Gelder für seine Mitarbeiter unter den Nagel reißen. Das wäre ein Betrugsversuch. Offensichtlich ist Sonneborn schon vor seinem Einzug ein Fall für das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung!

Sie rät dem ehemaligen *Titanic*-Chefredakteur: »Volle Kraft zurück und die Wende einleiten. Satire lebt von Witz und Tiefgang und nicht von billigen Gags und Halbwahrheiten. Sonst sinkt der Satiredampfer«, so Gräßle.

Etwas weniger metapherngesättigt, aber schwerwiegender klingt die Kritik in einem offenen Brief an den Generalsekretär des EU-Parlaments. Sven Giegold aus der Fraktion der Grünen hat ihn verfasst. Schwerwiegender, weil Wikipedia offenbar die Durchführungsbestimmungen des Parlaments nicht bis ins Detail studiert hat. Kann man sich denn auf wirklich nichts mehr verlassen?

Sachdienlicher Auszug aus dem Brief von Sven Giegold

Sehr geehrte Damen und Herren,
unser neuer Abgeordnetenkollege, Herr Martin Sonneborn, hat für seine Partei angekündigt »Wir melken die EU wie ein kleiner südeuropäischer Staat.« Er präzisiert: »Wir werden die Zeit vor allem damit verbringen, unsere Rücktritte zu organisieren und uns zu bereichern.« In den 5 Jahren der Legislatur möchte er 60 Parteimitglieder durchs Europaparlament rotieren und sie jeweils 33000 Euro und das Übergangsgeld kassieren lassen (*taz*, 26.05.2014). Gerade weil ich seine Arbeit als Comedian außerordentlich schätze, bitte ich Sie hiermit förmlich, die Verschwendung von Steuergeldern zu verhindern und dafür alle rechtlichen Möglichkeiten vollständig zu nutzen. Ich liebe Sonneborns Witze auf Kosten von uns PolitikerInnen, aber ich lasse keine zu auf Kosten der SteuerzahlerInnen.

Im Abgeordnetenstatut unseres Europäischen Parlaments heißt es:
Artikel 13

1. Die Abgeordneten haben nach Ende des Mandats Anspruch

auf ein Übergangsgeld in Höhe der Entschädigung nach Artikel 10.

2. Dieser Anspruch besteht für jedes Jahr der Ausübung des Mandats für einen Monat, mindestens jedoch für sechs und höchstens für 24 Monate.

Im Übrigen zweifle ich an der Freiwilligkeit von evtl. Mandatsverzichtserklärungen der Herr Sonneborn nachfolgenden VertreterInnen der »Partei« (...) Dies wird noch verstärkt durch Herrn Sonneborns Einlassungen zur innerparteilichen Demokratie: »Wir sind ja eine straff führerzentrierte Partei.« (*taz*, 26.02.2014) Daher fordere ich Sie auf, nicht zuletzt die freie Willensentscheidung zum Mandatsverzicht ausführlich zu prüfen. Wenn uns die Große Koalition aus Konservativen, Sozialdemokraten und Liberalen die Abschaffung von Bürokratie schon schwer macht, wollen wir wenigstens Sonneborns Ringen mit ihr sehen.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Sven Giegold

Nachdem *Spiegel Online* den Brief etwas sehr unanständig und faktenreduziert auf die Formulierung zuspitzt, der grüne Abgeordnete Sven Giegold wolle »Sonneborns Einzug ins Parlament verhindern«, kommt es zu einem kleinen, äußerst unterhaltsamen Shitstorm auf Twitter.

Sachdienlicher Hinweis des Tagesspiegels

Auch Sonneborn selbst schaltete sich via Twitter in die Diskussion ein. »Hahaha, Giegold, dass die Grünen Probleme mit dem Rotationsprinzip haben, ist keine Überraschung ... Smiley!«, schrieb er in dem Kurznachrichtendienst.

Wirklich bedeutsam für mich ist allerdings eine Wortmeldung in der *Legal Tribune Online*. Der renommierte Parteienrechtler Herbert von Arnim gesteht zwar zu, dass wir mit unserem Vorgehen »die überzogenen Pauschalen und sonstigen Kostenerstattungen in den Fokus der Öffentlichkeit gezogen« haben ...

Sachdienlicher Hinweis der Legal Tribune Online

Dabei hat der ehemalige Chefredakteur der *Titanic* die verrückteste Regelung noch gar nicht erwähnt. Die 33000 Euro, die Sonneborn sich und jedem seiner Kollegen vor dem jeweiligen Rücktritt künftig monatlich sichern will, werden auch an EU-Abgeordnete aus Ländern mit sehr viel niedrigerem Preis- und Einkommensniveau gezahlt. Das Geld ist dort real das Drei- oder Vierfache wert und beschert den Abgeordneten sehr viel höhere Einkommen, als ihre Staats- oder Ministerpräsidenten beziehen, und eine übergroße Zahl von Assistenten.

... aber den angekündigten Rücktritt und die geplante monatliche Rotation von 60 PARTEI-Freunden sieht er als »Verächtlichmachung des Parlamentes«, »gegen das die Geschäftsordnung ausreichend Sanktionsmittel zur Verfügung« stelle. Das Parlament müsste lediglich vermuten, dass die angekündigten Rücktritte »dem Geist des Direktwahlaktes widersprechen«, um meinen Rücktritt zurückzuweisen. Und so stehe ich plötzlich in der Verantwortung, vor Ihnen und vor Europa: »Gäbe Sonneborn sein Mandat faktisch dennoch auf, könnten andere Listenbewerber nicht nachrücken.«

Nun gut. Wenn Wähler und Parlament es nicht anders wollen, nehme ich den Auftrag eben an. Und gehe nach Brüssel, ins Parlament.

Aber natürlich nicht allein. Nachdem ich ein paar alte Freunde und Kollegen, die gerade nichts Besseres zu tun hatten, als Redenschreiber und Berater eingestellt habe, frage ich den Landesvorsitzenden der PARTEI in Berlin, ob er mich als parlamentarischer Assistent und Büroleiter nach Brüssel begleiten möchte. Dustin Hoffmann, zwei Jahre vor dem Fall der Mauer im Osten Berlins geboren und benannt, hatte den Landesverband der PARTEI in Berlin aufgebaut und sich dabei als kommunikationsfreudiges Organisationstalent erwiesen.

Und da ich ab sofort offenbar über ausreichend Tagesfreizeit verfüge – Silvana Koch-Mehrin (FDP) hatte als Abgeordnete des

Europaparlaments bekanntlich über mehr als ein Jahr hinweg sämtliche Sitzungen ihres einzigen Ausschusses geschwänzt –, kann ich Ihnen auf den kommenden Seiten ein paar kleine Einblicke in mein neues hochpolitisches Umfeld geben.

Spiegel Online bekommt noch ein schnelles Interview, dann machen wir uns auf nach Westen, in ein Land, das die Deutschen eher als Durchmarschgebiet kennen.

Sachdienlicher Hinweis von Spiegel Online

SPON: Sie haben im Wahlkampf eine Faulenquote, eine Mauer um die Schweiz, ein Wahlalter von 12 bis 52 gefordert. Was gehen Sie als Erstes an?

Martin Sonneborn: Ich glaube, das Europaparlament kann keine eigenen Punkte setzen. Außer Resolutionen zu verabschieden, kann man dort nicht viel erreichen. Ich sehe mich eher als Stimmvieh, das die Vorgaben der Europäischen Kommission im Hauruckverfahren abnickt.

SPON: Wie stimmen Sie ab, wenn Jean-Claude Juncker und Martin Schulz im Plenum zur Wahl stehen?

Martin Sonneborn: Juncker werde ich auf keinen Fall wählen, der ist Ausländer und für Europa nicht tragbar. Schulz? Nun ja ...

**»I PERSONALLY DO DRINK
CHAMPAGNE«**

DAS ERSTE JAHR

BERLIN, FLUGHAFEN TEGEL

»Hoffmann, was verdiene ich jetzt eigentlich wirklich? Lohnt sich die Sache?« Hoffmann lächelt: »Wenn die Richter am Europäischen Gerichtshof zufrieden sind, kannst du es zu 38,5 Prozent auch sein. Du erhältst 38,5 Prozent ihres Gehalts als Diät, das sind etwas über 8600 Euro brutto. Nach Abzug einer Gemeinschaftssteuer werden rund 6700 Euro ausgezahlt, die im Prinzip versteuert sind, aber in Deutschland noch mal auf deinen persönlichen Steuersatz hin überprüft werden.«

»Aha.«

»Außerdem gibt es ein Tagegeld in Höhe von gut 300 Euro, steuerfrei natürlich, für jeden Tag, an dem du an offiziellen Aktivitäten in der EU beteiligt bist. Das kommt automatisch, sobald du deine Anwesenheit nachgewiesen hast, zum Beispiel durch deine Unterschrift in einem Anwesenheitsbuch. Wenn du Vorsitzender einer Fraktion wirst, musst du nicht einmal selbst unterschreiben, da wird das einfach gemeldet. Und als Parlamentspräsident kriegst du Tagegeld für jeden Tag im Jahr, auch für Sonn- und Feiertage. So wie Präsident Schulz.«

»Wie werde ich am schnellsten Vors... Pardon: Parlamentspräsident. Entschuldigung, ich meinte: Ist das alles?«

»Natürlich nicht.« Hoffmann schaut mitleidig. »Dazu kommt eine Bürokostenpauschale von 4416 Euro, monatlich, steuerfrei natürlich, für Ausgaben wie ...

»... Faxpapier? Bleistift? *Titanic*-Abo?«

»Im Prinzip: ja. Du kannst sie für alle Büroausgaben verwenden, zum Beispiel für Handyrechnungen, IT-Geräte über die Computer und iPads hinaus, die das Parlament uns stellt«, Hoffmann zieht sein Smartphone und ruft eine Seite des Parlaments auf, sucht kurz, findet die entsprechende Richtlinie und doziert weiter: »Zeitungen, Zeitschriften, ein Büro in deinem Wahlkreis ...« Plötzlich fängt er



Dustin Hoffmann

an zu lachen: »Vor der Aufzählung steht ›nachstehende Liste ist nicht erschöpfend‹ – ein Schelm, wer Böses ... Also, das Geld ist für alle Ausgaben, die im Zusammenhang mit der Ausübung deines Mandats stehen und von anderen Pauschalen nicht abgedeckt werden.«

»Gut zu merken. Weiter, ich will mehr. Was ist mit Reisekosten? Falls ich mal ... reisen muss ... Soll ich das etwa privat bezahlen?«

»Natürlich nicht. Der Bundestag stellt allen deutschen Parlamentariern eine BahnCard 100. Außerdem kannst du einmal pro Arbeitswoche zwischen Berlin und

Brüssel hin- und herfliegen. Business-Class. Oder in andere Städte, wenn der Preis den eines Business-Class-Fluges nach Berlin nicht übersteigt.«

»Und wenn ich mal mit dem Auto fahren müsste ...?«

»Kein Problem: In Brüssel, Straßburg und Berlin selbst kannst du kostenfrei den Limousinen-Service des Parlaments nutzen. Wenn du selbst mit dem Wagen von Berlin nach Brüssel fährst, erhältst du Spritgeld: 51 Cent pro Kilometer. Zuzüglich Entfernungspauschale, 23,12 Euro, zuzüglich 13 Cent für den 51. bis 250. Kilometer, sechs Cent für Kilometer 250 bis 1000 und drei Cent darüber hinaus.«

»Ist das schon alles?«

Hoffmann liest. »Nein, wir haben die Zeitaufwandsvergütung vergessen: Du erhältst zusätzliches Tagegeld je nach Dauer der Reise, wobei wir von einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 70 Kilometern in der Stunde ausgehen.«

»Realitätsfern.«

»Es gibt 39,13 Euro für zwei- bis vierstündige Fahrten, 78,25 Euro, also ein Viertel Tagegeld, wenn du vier bis sechs Stunden unterwegs bist, ein halbes Tagegeld bei über sechsstündiger

Reise ohne Übernachtung, 313 Euro bei einer Übernachtung, allerdings nur bei ›unvermeidlicher Übernachtung‹. Und: ›Nicht berücksichtigt wird eine Verlängerung der Reisedauer, die sich dadurch ergibt, dass nicht die direkteste Route gewählt wurde.‹

»Gilt das auch für die Kilometerpauschale?«, frage ich. »Ich würde mich dann ab und zu verfahren zwischen Berlin und Brüssel. Einmal falsch abgebogen – Ostsee.«

»Mach das besser nicht, ich muss mich dann hinterher mit der Verwaltung auseinandersetzen. Ich meine, ich hätte gelesen, dass die erstattungsfähigen Reisen mit dem Auto auf 24 000 Kilometer begrenzt sind. Aber wenn du drüberkommst, kannst du sie dir aus dem Additional-Travel-Budget erstatten lassen. Oder aus Budget 400? Nee, das geht nicht, sehe ich gerade.«

»Budget 400? Lass mich raten, 400 Euro für Notfälle, in denen die nicht erschöpfende Büropauschale nicht greift, man mit Tagesgeld, Kilometerpauschale und Zeitaufwandsvergütung nicht auskommt und ...«

»Nicht ganz«, korrigiert mich Hoffmann. »Budget 400 sind rund 45 000 Euro im Jahr für Veranstaltungen, Kugelschreiber bzw. Werbematerial, Druckerzeugnisse wie Flyer, Broschüren etc. Das wird aber direkt vom Parlament verwaltet.«

»Schön, da können wir einiges an lustigen Dingen produzieren.«

»Und jetzt aber zum wichtigsten Budget, der Mittelausstattung für parlamentarische Assistenten. Das sind knapp 25 000 Euro im Monat, aus denen alle Personalausgaben gedeckt werden.«

»Den Posten kenne ich«, werfe ich triumphierend ein, »ich habe gehört, dass nach dem EU-Beitritt ihrer Länder einige osteuropäische Abgeordnete für zigtausend Euro Assistenten eingestellt haben und sich insgeheim von denen einen Großteil zurückzahlen ließen!«

Mein Büroleiter schüttelt bedauernd den Kopf: »Das geht nicht mehr, die Richtlinien wurden 2009 geändert. Du bekommst das Geld gar nicht mehr in die Hand. Das geht alles über eine Zahlstelle.«

BRÜSSEL, FLUGHAFEN ZAVENTEM

Wir haben uns nicht angemeldet, deswegen wartet am Flughafen von Brüssel kein Wagen des Fahrdienstes auf Hoffmann und mich. Ich beschließe, den Flughafenbus in die Stadt zu nehmen. Es ist jetzt wichtig, den Kontakt zu den einfachen Menschen nicht zu verlieren.

BRÜSSEL, PLACE LUXEMBURG

Der Zweite Weltkrieg hatte in Brüssel kaum Zerstörungen verursacht, aber der Bau des EU-Quartiers vermochte das locker auszugleichen. Da die EU in den siebziger und achtziger Jahren keine langfristigen Garantien für diesen Standort geben wollte, blieb der Bürohausbau der privaten Wirtschaft überlassen. Bodenspekulanten kauften vorsorglich ganze Stadtquartiere auf und zerlegten elegante, etwas heruntergekommene Jugendstilquartiere. Korrupte Verflechtungen zwischen Politik, Verwaltung und Bauwirtschaft ergänzten sich schön mit einer fehlenden Stadtplanungspolitik. Baugenehmigungen wurden höchst freizügig erteilt und den Forderungen der Investoren angepasst. Um für Europa Platz zu schaffen, folgte »eine beispiellose Abrisstragödie«, wie die *Bauwelt* 1993 konstatieren musste.

Das Ergebnis befindet sich hinter mir. Steht man mit dem Rücken zum EU-Parlament, hat man den fast idyllischen kleinen Place Luxemburg vor sich; schmale weiße, typisch belgische Häuschen, drei Stockwerke hoch, mit kleinen Restaurants, Bars und Pubs im Erdgeschoss. Dreht man sich um, steht man vor einem riesigen, beeindruckend hässlichen, vollverspiegelten Bürogebäudekomplex, der auch im Quartier um den Berliner Hauptbahnhof nicht weiter auffallen würde. Hier befindet sich mein neuer Arbeitsplatz: das Europäische Parlament. Über einen großen Vorhof schlendere ich auf eine der beiden Drehtüren zu, die von Sicherheitsleuten bewacht werden.

BRÜSSEL, EU-PARLAMENT

Lässig nehme ich die letzten Stufen, schlendere auf die Einlasskontrollen in der Haupthalle zu. Ein interessantes Gefühl, zum ersten Mal seit Jahren ist mein Ausweis nicht gefälscht. Aber obwohl er viel weniger eindrucksvoll wirkt als die selbstgebastelten, mit denen ich oft für *Titanic* oder die »heute show« unterwegs war, versucht niemand, mich aufzuhalten, im Gegenteil, die Wachmänner grüßen höflich. Sie haben eine eingebaute natürliche Gesichtserkennung, die es ihnen ermöglicht, die meisten der 751 MEPs (Members of the European Parliament), rund die Hälfte von ihnen neu im Parlament, freundlich durchzuwinken. Im Inneren ist das Parlament nicht wesentlich charmanter, dafür aber recht unübersichtlich. Die Ein- und Ausgänge liegen auf unterschiedlichen Ebenen, und viele Fahrstühle halten nicht auf allen Stockwerken. Die Ebene null schließe ich gleich ins Herz. Hier gibt es kleine Geschäfte, Banken, Fahrdienstschalter, ein Fitnessstudio, zwei Saunen, Friseure, ein Café – und die MEP-Bar, die den Abgeordneten vorbehalten bleibt.

Mein Hochgefühl vergeht schlagartig, als mir eine osteuropäisch konturierte Dame resolut den Weg verstellt. Sie erweist sich als Assistentin der fraktionslosen Parlamentarier, die den Finger hebt und mich streng fixiert: »Haben Sie sich eingetragen?« Schuld bewusst verneine ich. »Das müssen Sie jeden Tag tun! Das ist das Allerallerwichtigste, was Sie hier im Parlament tun können! Wenn Sie sich nicht eintragen, bekommen Sie kein Tagegeld. Und da müssen Sie auch die Geschenke eintragen, die man Ihnen machen wird. Und Einladungen, wenn Aserbaidshan Sie einlädt und den Flug bezahlt ...« Tagegeld, Geschenke, Einladungen? Hier bin ich richtig!

Sie zieht mich am Arm, und zusammen machen wir uns auf die Suche nach dem Raum, in dem sich die *non-attached members*, also die Abgeordneten, die noch keiner Fraktion angehören, in ein schmuckloses Anwesenheitsbuch eintragen können. Der Raum wird in den ersten Wochen täglich wechseln, vermutlich soll diese

Taktik die Ortskenntnis der Neuparlamentarier fördern. Das tut sie sehr trickreich – als wir nach zwanzigminütiger Suche den im Intranet annoncierten Raum finden, ist er verschlossen. Zwei bizarr große und kantig wirkende Blondinen, vermutlich nordische Kommunisten- oder niederländische Faschistinnen, stoßen zu uns, offensichtlich in ähnlicher Mission. »They changed the room«, raune ich ihnen zu, »it's cheaper for the EU!« Die beiden verziehen keine Miene und machen auf dem spitzen Absatz kehrt. Wir folgen ihnen unauffällig. Nach insgesamt 45 Minuten Schnitzeljagd erreichen wir das Ziel, eine Minute vor Türschluss. Nachdem ich mich unter den gelangweilten Blicken eines überbezahlten EU-Beamten eingetragen habe, kontrolliere ich, wer so alles da ist, und erlebe eine Überraschung. Marine Le Pen hat unterzeichnet, ihr alter Herr nicht. Warum hat sie nicht schnell für ihn mit unterschrieben: Ist sie ehrlich? Oder hasst sie ihn nur?

Um meine Überwacherin abzuschütteln, verabschiede ich mich auf eine Herrentoilette. Als ich mir zum Zeitvertreib die Hände waschen will, fällt mein Blick auf eine DIN-A4-große Tafel, auf der mir in zehn Schritten erklärt wird, wie man sich in 40 bis 60 Sekunden korrekt die Hände wäscht. Gerade bricht sich der Gedanke Bahn, dass die EU wirklich zu viele Details unseres Lebens reglementieren will, als mir klar wird, dass ich bisher beim Händewaschen offenbar der Säuberung meiner Daumen nicht ausreichend Aufmerksamkeit geschenkt habe. Und immer viel zu schnell fertig war – ich bin mit meinem Routineprogramm (ohne intensive Daumenreinigung) normalerweise schon nach geschätzten 30 Sekunden fertig. Das werde ich überprüfen, die Stoppuhr meines Smartphones läuft zur Kontrolle mit. Leider verliere ich am Seifenspender wertvolle Zeit, er ist leer. Trotz drei- bis viermaligen Drückens kommt nichts. Egal, nehme ich halt möglichst heißes Wasser. Ich drehe den linken Drehknopf. Es passiert nicht viel. Der Andeutung eines hohlen Dröhnens folgt ein Tropfen, dann noch einer. Ich drehe den Kaltwasserhahn auf. Kaltes Wasser läuft. Verblüfft wasche ich mir damit die Hände, eine neue Bestzeit springt unter diesen Umständen nicht heraus. Spä-

ter erfahre ich, dass im gesamten Hauptgebäude der EU in Brüssel das warme Wasser abgestellt wurde, weil sich Legionellen in den Warmwasserleitungen tummeln. Zum Glück befindet sich unser Büro für die nächsten fünf Jahre in einem der großen Nebengebäude, im siebten Stock des Willy-Brandt-Gebäudes.

BRÜSSEL, BÜRO

Die Verwaltung hat uns drei nebeneinanderliegende Büroräume zugewiesen. Da ich plane, eher in Cafés zu arbeiten, überlasse ich Büroleiter Hoffmann die beiden verbundenen Räume und nehme den dritten; einen schmucklosen, fast quadratischen Raum mit Schreibtisch, Garderobenständer, drei Stühlen, ein paar furnierten Schränken und einem überraschend langsamen Parlamentscomputer. Hoffmann sagt, wenn mich etwas stören sollte, könnten wir von der Verwaltung jederzeit den Grundriss, Türen versetzen und Möbel kommen lassen, aber ich erbitte mir lediglich ein Sofa.

Zwei Wochen später wird ein gebrauchtes IKEA-Sofa mit Kaffeefleck in meinem Büro stehen und Hoffmann ein paar PARTEI-Plakate an den Wänden angebracht haben. Nachdem er sein Bürotelefon in einem Gespräch mit einer Dame in der Verwaltung zum ersten Mal im Bildübertragungsmodus verwendet hat, tauscht er das Plakat hinter seinem Sitzplatz aus. Statt »Hände weg von deutschen Titten! Nein zur EU-Norm-Brust!« prangt dort nun etwas weniger irritierend »Das Brot ist voll!«.

An diesem Mittag begeben mich zunächst auf einen kurzen Parcours durch das Hauptgebäude. Dort erhalte ich ein paar überwiegend in Blau gehaltene Broschüren mit Pflichten und Rechten der Abgeordneten. Und einen Badge, der mir überall Zugang gewähren soll. Zwei freundliche Mitarbeiter des Parlaments bitten mich vor eine Kamera, damit ein Passbild gemacht werden kann. Ich halte still, dann blitzt es, dann zeigen mir die Fotografen das Bild. Und dann versichern sie mir mehrfach, dass sie aber auch

noch ein anderes Foto machen könnten. Wenn nicht jetzt, dann vielleicht später? Ich könnte jederzeit vorbeikommen, dann würden sie einfach noch ein Foto machen. Ein anderes. Mir gefallen das Foto und die ausgesuchte, fast übertriebene Höflichkeit, die uns Abgeordneten entgegengebracht wird.

Zurück im Büro sitze ich den Bürostuhl probe, lege zufrieden die Füße auf den Schreibtisch und lese die kleine Presseschau, die mir in Berlin mein (depressiver) Redenschreiber täglich zusammenstellt. In der *Frankfurter Rundschau* plädiert ein MEP namens Jo Leinen von der SPD für ein neues europäisches Wahlrecht. Begründet wird die Forderung damit, dass der Chefredakteur der *Zeit*, Giovanni di Florenzo, bei der nächsten Europawahl nicht wieder in zwei Ländern wählen können soll, in Italien und Deutschland. Das ist zwar auch heute schon illegal, wird aber eben nicht überprüft. Außerdem solle ein Teil der Europaabgeordneten zukünftig über sogenannte »transnationale Listen« gewählt werden. Die sollten von den europäischen Parteifamilien länderübergreifend aufgestellt werden und dann europaweit auf den Wahlzetteln stehen.

Im ersten Moment komme ich gar nicht auf den Gedanken, dass die Meldung etwas mit Außenminister Steinmeiers Verärgerung oder unserem Mandat zu tun haben könnte. Und dass uns das leidige Thema Wahlrechtsreform durch die kommenden vier Jahre begleiten wird, weil das politische Establishment beschlossen hat, mit erheblichem Aufwand dafür zu sorgen, dass dieses Mandat der PARTEI eine Ausnahme bleiben wird.

BRÜSSEL, BÜRO

Über Twitter kommt von den vier Abgeordneten der polnischen KNP eine Einladung zu Sondierungsgesprächen. Über Twitter? Klingt unseriös und ist es auch. Die KNP ist eine rechtslastige Partei, das ergibt eine schnelle Internetrecherche, von ihren Standpunkten der amerikanischen Tea-Party-Bewegung nicht unähnlich. Ihr Vorsitzender Janusz Korwin-Mikke will die Demokratie

bekämpfen und hatte im Wahlkampf angekündigt, er wolle das EU-Parlamentsgebäude »verkaufen und dort ein Bordell« errichten.

Ich reagiere nicht auf die Anfrage. Später schließen sich drei der Abgeordneten der Fraktion von Marine Le Pen an, zusammen mit der Partei »Recht und Ordnung« aus Litauen. Deren Vorsitzender, Rolandas Paksas, ist ehemaliger Präsident von Litauen und das erste europäische Staatsoberhaupt, gegen das ein Amtsenthebungsverfahren erfolgreich durchgeführt wurde. Korwin-Mikke selbst ist überraschenderweise in der rechtsextremen Fraktion nicht willkommen, der Niederländer Geert Wilders wirft ihm »antisemitische Äußerungen« vor. So bleibt der Pole fraktionslos. Noch ahne ich nicht, dass er mein bester Kumpel im Parlament werden wird.

Es klopft an meine Bürotür. Ich öffne, mein Büroleiter steht davor: »Ah, Hoffmann, immer herein, was gibt's Neues?«

Es ist das erste und gleichzeitig letzte Mal in dieser Woche, dass an meine Tür geklopft wird. Links von uns liegen die Büros von fraktionslosen Nationalisten aus den Benelux-Ländern, gegenüber französische Kommunisten und rechts residieren Abgeordnete der »Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformen« (ECR), wahrscheinlich britische Torys und Vertreter der polnischen PiS-Partei.

Dustin Hoffmann hat eine politische Idee, die mir gefällt. Er schlägt mir vor, die legendäre EU-Gurkenkrümmungsverordnung, die 2009 abgeschafft wurde, weil zu viele Bürger darüber gelacht haben, wieder einzuführen: für Exportwaffen. Ein Zentimeter Krümmung auf je zehn Zentimeter Länge würde die Welt sicher nicht schlechter machen. Ein guter Plan. Aber wie kann ich das legislativ umsetzen lassen?

Hoffmann schaut in sein Smartphone: »Offenbar musst du fünf



Prozent der Abgeordneten dazu bringen, mitzumachen. Und dir eine Unterschrift zu geben.«

»Das sind knapp 40 Leute. Klingt aufwendig. Aber gut, für ein europaweites Gesetz zur Verbesserung der Welt ... Und dann?«

Hoffmann liest weiter: »Dann nichts. Alles, was du machen kannst, ist, die Kommission schriftlich zu bitten, sich zu dem Thema Gedanken zu machen und sie dir mitzuteilen.«

»Toll. Aber hat das Parlament denn überhaupt keine Art von Initiativrecht?«, hake ich nach. »Können wir absolut kein Gesetz in Auftrag geben?«

»Doch«, entgegnet Hoffmann, »der Vertrag von Maastricht räumt dem Parlament ein ›legislatives Initiativrecht‹ ein ...«

»Siehst du, ich wusste es!«

»... das sich jedoch auf die Möglichkeit beschränkt, die Kommission zur Vorlage eines Vorschlags aufzufordern. Und die müssen nicht mal reagieren. Ich weiß, dass vor Jahren ein britischer Kommissar mal auf die Forderung des Parlaments, eine Gesetzesvorlage zur Finanzmarktregulierung zu erstellen, einfach gar nicht reagiert hat.«

BRÜSSEL, EU-PARLAMENT

Fraktionsverhandlungen! Die Fraktionen der Linken und der Grünen haben Interesse signalisiert, mit uns Gespräche zu führen. Büroleiter Hoffmann macht für die kommenden Tage Termine aus, dann treffen wir uns in kleinem Kreis jeweils mit den Fraktionsvorsitzenden in deren Räumen.

»Zonen-Gabi Zimmer« (*Die Zeit*), die das Kunststück fertigbringt, einen disparaten Haufen linker Parteien aus ganz Europa unter einen Hut zu bringen, macht einen netten, ausgeglichenen Eindruck und dürfte mir politisch etwas näher stehen als Rebecca Harms, die leicht überdreht wirkende Ulknudel der Grünen. Zwar sind alle Fraktionen naturgemäß daran interessiert, möglichst viele Abgeordnete aufzunehmen, um an Bedeutung zu gewinnen,

aber in beiden Gesprächen gibt es anfangs deutliche Vorbehalte gegenüber der PARTEI. Wir nehmen es mit Gelassenheit.

Um nicht wie blutige Anfänger zu wirken, fragen wir in beiden Verhandlungen mit Pokermiene, was die Fraktionen uns für den Fall eines Eintritts anbieten. Was wir mitbringen, wissen wir bereits: Unser Budget 400 würde im Falle eines Beitritts im Fraktionsbudget aufgehen.

Die Generalsekretärin der Linken, eine auffällige blonde Finnin, die ihre Rolle offenbar bei Claire Underwood gelernt hat, bietet uns an, dass wir das komplette Budget selbst verwalten können. Hoffmann fragt besorgt, ob man eigentlich als Mitglied der Linken auch Champagner trinken dürfe. Die finnische Generalsekretärin strahlt ihn an und haucht: »I personally doooo drink champagne!« Der Tonfall lässt bei mir den Verdacht aufkommen, sie würde grundsätzlich nichts anderes anrühren.

Die Grünen wollen uns nur die Hälfte des Budgets zugestehen, bieten uns aber dafür eine Stelle in der Administration an, die wir besetzen dürfen – das ist natürlich praktisch, wenn man Freunde oder Familienmitglieder unterbringen muss –, und sie reservieren die Position eines stellvertretenden Vorsitzenden im Kulturausschuss für mich.

Obwohl die bilateralen Gespräche in sehr netter Atmosphäre verlaufen, entschieße ich mich nach kurzer Bedenkzeit, in keine der beiden Fraktionen einzutreten. Ich befürchte, dass wir uns andernfalls für jeden Unsinn, den wir im Parlament anstellen, zu rechtfertigen haben.

Die Linke nimmt es komplett gelassen. Die Grünen, bei denen es im Vorfeld offenbar heftige Diskussionen gab – die progressiveren, jüngeren Grünen waren dafür, uns aufzunehmen, die älteren strikt dagegen –, können sich damit trösten, dass Julia Reda zu ihnen kommt, die einzige Piratin im Europäischen Parlament. Nachdem ich abgesagt habe, bleibt die Grüne Helga Rüpel stellvertretende Vorsitzende im Kulturausschuss. Obwohl sie mir praktisch ihre Karriere verdankt, erhalte ich nicht mal ein paar Blumen.

BELGIEN, AUTOROUTE DU SOLEIL

Die Fahrt von Brüssel nach Straßburg ist gar nicht so unangenehm, es gibt eine durchgehende Autobahnverbindung. Sie beginnt auf der belgischen Autoroute du Soleil, führt durch Ardennen und Vogesen, zwischendurch ein kurzer Halt in Luxemburg, wo der Liter Super rund 25 Cent billiger ist als in Belgien und Deutschland, und drei noch kürzere an französischen Mautstellen. In den ersten 45 Minuten herrscht noch Verkehr, aber dann wird er spärlicher und nimmt erst vor Straßburg wieder zu. Bei einem Tempolimit von 120 auf den belgischen Autobahnen fährt man mit 140 entspannt auf der linken Spur, wird nur drei-, viermal von Irren mit Höchstgeschwindigkeit überholt. Oder von der Kolonne des Parlamentspräsidenten. Zum Glück zeigen die vorausfahrenden Polizisten auf ihren Motorrädern dabei keinerlei Interesse an meiner eigenen Geschwindigkeitsüberschreitung. Wir selbst fahren auch so eine Art Kolonne. Ich fahre als Erster, weil ich mit 51 Cent das größte Kilometergeld erhalte, mein Büroleiter und Sarah, die belgische Assistentin, die uns das Parlament stellt, fahren mit ihren Autos in meinem Windschatten. Sie erhalten nur rund 23 Cent pro Kilometer.

Aber warum eigentlich Straßburg? Bevor ich das Mandat antrat, hatte ich natürlich meinen Arbeitsplatz gegoogelt und war auf Brüssel gestoßen. Dass das EU-Parlament Filialen in Luxemburg und Straßburg unterhält, hatte mich nicht nachhaltig irritiert. Dann musste ich feststellen, dass fast die gesamte Firma zwölf Mal im Jahr nach Frankreich umzieht. Drei- bis viertausend Mitarbeiter machen sich per Zug, Flugzeug oder Pkw einmal im Monat montags auf den Weg ins Elsass. Begleitet werden sie von mehreren Trucks, die in Tausenden genormter grüner Plastikkisten Büromaterial transportieren – und von den schwarzen Limousinen des Fahrdienstes, die leer zwischen den Städten hin- und hergefahren werden, weil sie den Abgeordneten natürlich auch in Straßburg zur Verfügung stehen müssen.

Nach fünf Stunden Fahrt passiere ich in Straßburg den Euro-

päischen Gerichtshof für Menschenrechte. Danach taucht zu meiner Linken ein abgerundetes Tortenstück aus Glas, Holz und Stahl auf. Das Parlamentsgebäude schmiegt sich fast idyllisch an den Zusammenfluss eines kleinen Straßburger Kanals mit dem Flüsschen Ill und wirkt schon von außen wesentlich freundlicher als sein belgisches Pendant.

Und von innen auch! Nachdem ich meinen 20 Jahre alten Audi im MEP-Bereich zwischen überwiegend PS-starken Limousinen in der Tiefgarage geparkt habe, mache ich mich daran, mein neues Büro zu suchen. *LOW T0503* – was soll das heißen? Zum Glück ist Büroleiter Hoffmann vor mir eingetroffen und kann mich per Handy dirigieren. Im Erdgeschoss sehe ich Hans-Olaf Henkel herumirren, den ehemaligen Präsidenten des BDI. Eine Schande, dass unsere Industriellen mit fast 75 Jahren noch arbeiten müssen! Dann springe ich in einen von acht Aufzügen, fahre in den fünften Stock des runden Gebäudes und stehe wenig später beeindruckt vor einer Bürotür mit meinem Namen.

Das Büro selbst ist klein, vielleicht zehn Quadratmeter groß, aber nett.

Sachdienlicher Hinweis des Deutschlandfunks

Das kleine Büro im fünften Stock einer der Büroetagen neben dem Plenarsaal ist noch nicht eingerichtet. In den ansonsten leeren Regalen stehen eine kleine Flasche Gewürztraminer und ein Glas mit in Gewürztraminer marinierter Straßburger Pastete – ein Präsent der Stadt an jeden Abgeordneten zu Beginn der Legislaturperiode. Martin Sonneborn: »Kleines Bestechungsgeschenk der Stadt Straßburg. Wenn Sie mögen, es gibt noch ein Stück.«

Das Gebäude ist so konzipiert, dass es im Fall einer existenziellen Krise der EU auch als Studentenwohnheim genutzt werden kann. Direkt hinter dem Eingang meines Büros führt eine schmale Tür in ein Miniaturbad mit Toilette, Waschbecken und Dusche. Über zwei Seiten des Büros ziehen sich Schrankwände aus freund-

lichem Holz. Aus der einen Wand kann man eine mit rotem Samt bezogene Liege klappen – ideal für ein Mittagsschläfchen nach anstrengendem Regieren! Ein Schreibtisch mit Telefon, drei Bürostühle, ein Computer-Arbeitsplatz mit Kopierer und Drucker, ein Fernseher und eine Fensterfront, durch die man in den freundlich gestalteten Innenhof schauen kann, komplettieren das Ensemble. Leider zeigt der Fernseher auf fast allen Knöpfen das gleiche langweilige Programm, das allerdings in rund 20 verschiedenen Sprachen: Hier werden die Plenarsitzungen übertragen. Andererseits: Wer schaut heute noch linear?

Ich trage mich noch kurz in die Anwesenheitsbücher ein, dann erkunde ich mit meinem Büroleiter die Gastronomie der Straßburger Altstadt. Sie scheint für Typen wie uns gemacht zu sein. Bei Sauerkraut und drei verschiedenen Sorten Wurst erzählt mir Hoffmann, dass Hans-Olaf Henkel sich über die unzureichende Größe seines Büros beschwert habe, das ihm eher als Kaninchenstall geeignet scheine.

JULI 2014

STRASSBURG, EU-PARLAMENT

Erster richtiger Arbeitstag in Frankreich und gleich: peng, Plenarsitzung! Morgens um zehn Uhr! Im schwarzen Mercedes des Fahrdienstes, der mich ins Parlament bringen soll, sitzt schon ein älterer Herr mit wild wuchernden Augenbrauen. Der neue Arbeitskollege stellt sich als Ungar aus der EVP vor. Die Europäische Volkspartei ist konservativ und die größte Fraktion im Parlament. Ihr Vorsitzender heißt Manfred Streber (CSU), und die deutschen Kollegen von CDU/CSU stellen das größte Kontingent an Abgeordneten, so viel weiß ich immerhin.

Auf die Frage, wie es um die Demokratie in seinem Land stehe, beruhigt mich der Ungar. Es sei alles in Ordnung: Seine Partei habe bei den letzten Wahlen 52 Prozent erhalten, die Presse sei frei, und die Linken könnten sich im Internet äußern. Der Rest der Fahrt verläuft schweigend.

Auf dem Weg ins Plenum laufe ich einigen deutschen Journalisten in die Arme. Ich erkläre in mehrere Kameras, dass ich hier sei, um den Laden mal so richtig umzukrempeln, dann suche ich im Plenarsaal den Platz, von dem aus ich in Zukunft die Weltgeschichte bestimmen soll. Und finde mich in illustrier Umgebung.

Sachdienlicher Hinweis der Jungen Welt

Junge Welt: Mit 184709 Stimmen sind Sie ins Europaparlament eingezogen. Die Plenarsitzungen begannen am 1. Juli. Haben Sie sich schon eingelebt?

Martin Sonneborn: Die Plenarsitzungen in Straßburg sind tatsächlich etwas bizarr. Direkt links von mir sitzen krachlederne FPÖ-Typen in kurzen Hosen, rechts die unrasierte »Alternative für Deutschland«, links vor mir Marine Le Pen vom französischen Front National, auch unrasiert, und links hinter mir Udo Voigt von der NPD. Ich ducke mich immer schnell weg, wenn die Parlamentskamera filmt, wegen Rufschädigung und so.

Sachdienlicher Hinweis der Ostseezeitung

Ostseezeitung: Haben Sie mal gesehen, was Udo Voigt auf seinem iPad spielt?

Martin Sonneborn: Nein. Ich habe darum gebeten, im Parlament hinter ihm zu sitzen. Ich hatte den Plan, ihm mittels eines Gummis eine Krampe auf den dicken Hals zu ziehen, wie wir es früher in der Schule machten. Aber jetzt sitzt er hinter mir.

Die Arbeit selbst ist nicht der Rede wert: Der Vorarbeiter, ein sympathischer Kerl mit Glatzkopf und Kinnbart, erklärt uns unter Verzicht auf die Buchstabenkombination SCH, wie man das

kleine Arbeitsgerät mit den drei Knöpfen für JA, NEIN und ENTHALTUNG beziehungsweise MIR IST SOWIESO ALLES EGAL auf dem Tisch bedient. Ein Probelauf, dann noch einer und plötzlich bedankt sich der Mann dafür, dass wir ihn zum Parlamentspräsidenten gewählt haben. Es folgt die ausgefeilteste SCH-freie Dankesrede, die ich je gehört habe, aber weil der Chef die Situation für historisch befindet, will er sie auch so bezeichnen: als historisch. Herzlichen Glückwunsch, Herr Chulz!

Nachmittags gibt es ein Treffen der fraktionslosen Abgeordneten. Die Atmosphäre ist befremdlich. Als ich mich im Sitzungsraum umschaue, wird mir klar, warum wir im Parlament als Aussätzige gelten: Wer in diesem Raum nicht rechtsradikal ist, der ist bestenfalls verrückter griechischer Kommunist. Rund 50 Mandatsträger tummeln sich hier. Viele von ihnen werden in den kommenden Wochen Fraktionen beitreten – oder selbst eine Fraktion zu gründen versuchen. Aber jetzt sind sie alle hier versammelt, Mitglieder des Front National, österreichische FPÖ-Abgeordnete, polnische, belgische und holländische Nationalisten und ungarische Antisemiten. Udo Voigt von der NPD erkenne ich, er fraternisiert gerade in lustigem Englisch mit drei älteren Griechen, die ich als Vertreter der Goldenen Morgenröte ausmachen kann. Die Mitarbeiter des Sekretariats, das für uns zuständig ist, stellen sich vor. Sie sind höflich, gebildet und sehr korrekt.

Danach habe ich Tagesfreizeit. Überhaupt sind die Sitzungstage in Straßburg weniger stressig als gedacht. Das liegt sicherlich auch daran, dass ich keine Fraktionssitzungen habe. Außerdem tagt der Kulturausschuss, in dem ich Mitglied werde, nicht in Straßburg. So beginnt die Arbeit zumeist um zwölf Uhr mit den Abstimmungen, die mitunter 90 Minuten gehen, oft, zumeist donnerstags, aber auch nur eine gute Viertelstunde.

Nachmittags sichten Büroleiter Hoffmann und ich drei Kubikmeter Lobbyistenpost und Einladungen. Am besten gefällt mir der Gratulationsbrief des Botschafters der Islamischen Republik Iran, der mit »Eure Exzellenz« anhebt und unseren beiden Völkern Glück und Erfolg wünscht. Ich beschließe, sein Volk dem-

nächst mal zu besuchen. Abends gehen wir mit den netten grünen Kollegen Terry Reintke, Jan Philipp Albrecht und Ska Keller Flammkuchen essen. Und machen sie aus politisch-strategischen Gründen mit Tequila derart betrunken, dass sie am nächsten Tag ein Video aufnehmen, mit dem sie es bis in die verflixte* *Bild*-Zeitung schaffen.**

Sachdienlicher Hinweis von Telepolis

Telepolis: Stellen Sie jetzt wenigstens Verwandtschaft und Freunde an, nach dem bayerischen Modell?

Martin Sonneborn: Nein, das ist mittlerweile leider untersagt. Obwohl mich die Begründung eines UKIP-Mannes, er habe seine Frau als erstaunlich gut bezahlte Büroleiterin angestellt, weil niemand anders das für ihn tun könne, was sie tue, vollkommen überzeugt. Präsident Schulz hat über 30 Leute, die für ihn arbeiten, inklusive eines Kammerdieners. Ich überlege gerade, ihm ein Angebot zu machen: Ich stelle seine Verwandten ein und er meine. Das kann für beide Seiten interessant werden, ich habe in einen libanesischen Familienclan eingeheiratet.

Sachdienlicher Hinweis des Focus

Drei Vertreter der rechtsradikalen griechischen »Goldenen Morgenröte« stellten gegenseitig ihre Töchter ein.

Sachdienlicher Hinweis von Büroleiter Hoffmann

Ich habe mal recherchiert: Offenbar sind acht Leute mit dem Namen Schulz im EU-Parlament angestellt.

★ Ich bitte um Verzeihung für die Wortwahl, aber ich genieße Immunität.

★★ Empfohlene Google-Suchworte: Spott für grüne Teletubbies, Fremdschäm-Video. Leider geht unser Sabotageplan nicht auf, das Video zerstört die Karrieren der drei Jungpolitiker nicht nachhaltig; Terry Reintke wird später »Person of the Year« im *Time*-Magazine, Ska Keller Fraktionsvorsitzende und Albrecht Minister in Schleswig-Holstein.

STRASSBURG, BÜRO

Zwei Journalisten sind die ersten Besucher in meinem neuen Büro, eine Dame vom *Deutschlandfunk* und ein Herr von der *Süd-deutschen Zeitung*. Sie sprechen auch mit allen anderen Vertretern der deutsche Kleinparteien: Julia Reda (Piraten-Partei), Prof. Klaus Buchner (ÖDP), Ulrike Müller (Freie Wähler), Stefan Eck (Tierschutzpartei), Arne Gericke (Familienpartei) und Udo Voigt von der NPD.

Sachdienlicher Hinweis des Deutschlandfunks

Martin Sonneborn: Ich bin im Kulturausschuss – das kann Sie auch interessieren, fällt mir gerade auf. Ich habe den Plan, dass die 390 Millionen, die sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk durch die Haushaltsabgabe zusätzlich ergaunert hat – das Wort ›ergaunert‹ können Sie in der *Süddeutschen* vielleicht streichen und im *Deutschlandfunk* auspiepen –, den Printmedien zur Verfügung gestellt werden. Weil ich glaube, dass der *Spiegel*, die *FAZ*, die *Süddeutsche* und *Titanic* schätzenswerte Kulturgüter sind.

STRASSBURG, EU-PARLAMENT

Der zweite Arbeitstag ist schon fast Routine. Ich setze mich zwischen die Verhaltensauffälligen im linken Flügel des Plenums, wähle aus Langeweile ein paar Vizepräsidenten für das Parlament, dann gehe ich in mein Büro und schaue mir dort die folgende Aussprache im Fernseher an. Das ist lustiger als im Plenarsaal, besonders, wenn stark gestikulierende männliche Abgeordnete aus Bulgarien von weiblichen Dolmetschern mit dünnem Stimmchen übersetzt werden. Alles, was im Plenum in ein Mikrofon gesagt wird, wird in die 24 Amtssprachen der EU übersetzt. Ist das nicht ein bisschen viel Aufwand in einem von Deutschland dominierten Europa? Überhaupt, was haben die vielen Ausländer hier im Parlament zu suchen?

Ich stehe an den Aufzügen, als ein Mann im rosafarbenen Hemd auf mich zukommt: »Guten Tag, ich bin David McAllister, ich wollte mich mal vorstellen.«

»Tag, McAllister, ich kenne Sie, ich bin Niedersachsen. Gut übrigens, dass wir uns treffen, ich habe da eine politische Vision, die ich gern mit Ihnen zusammen umsetzen würde.« Der Mann, dem die *Tagesschau* erst kürzlich noch attestierte, dass er »europapolitisch unerfahren« sei, schaut interessiert. »Sie kennen doch die Gurkenkrümmungsverordnung, die die EU 2009 zurückgenommen hat, weil zu viele Leute darüber gelacht haben.«

»Ja, und?«

»Ich möchte diese Verordnung wieder einführen, aber für Exportwaffen.« McAllisters Blick verdüstert sich, hilflos schaut er auf die geschlossene Fahrstuhltür. »Verstehen Sie? Je zwei Zentimeter Krümmung auf je zehn Zentimeter Lauf. Ich glaube, dass viel Leid und Unbill in der Welt verhindert werden, wenn wir als Waffenausporture da voranschreiten ...« – Des Schotten Blick wird ziellos, dann blitzt Hoffnung: Ein akustisches Signal kündigt den Fahrstuhl an.

»Very interesting idea«, stößt der CDU-Spitzenkandidat hervor, dann springt er zwischen die sich öffnenden Fahrstuhltüren.

»Let's do lunch!«, rufe ich ihm nach, dann sind meine ersten Sondierungsgespräche beendet.

Sachdienlicher Hinweis des Economist

As a member of the European Parliament Mr Sonneborn plans to revive the EU's infamous cucumber-curvature law (scrapped, after much ridicule, in 2009). But now it will apply to weapons exports and will promote curviness rather than discouraging it: every 10 cm of gun or tank barrel will have to curve by 2 cm.

Kommentar von Ohio: Lord, I pray that you will protect (and distance) me from Germans trying to be funny.

Kommentar von Norbert Zillatron: I am one of those 0.62%. Well, what other choices were there? His presence in the Parlia-

ment represents my raised middle finger to all those self-righteous, pompous wights that consider ordinary citizens bothersome pests.

STRASSBURG, PLENUM

Herr Chulz hat Abstimmungen befohlen. Gut, kann er haben, ich bin bestens vorbereitet auf meinen ersten Abstimmungsmarathon. Zum Glück hatte mir einer meiner neuen Kollegen beim Bier erzählt, wie er in der vergangenen Legislaturperiode vor seinem ersten Abstimmungstag im Sekretariat Informationsmaterial zu den anstehenden Entscheidungen erbeten hatte. Die Sekretärinnen hätten die Augen verdreht und ihm innerhalb von drei Stunden einen mannshohen (Dirk Nowitzki) Stapel mit bedrucktem Papier erstellt. Er habe abgewehrt, er brauche nur die deutschen Versionen. Die Damen hätten indigniert mit den Augen gerollt und ihm bedeutet, das seien nur die deutschen Versionen.

Sachdienlicher Hinweis meines Büroleiters

In den Fraktionen stellen zahlreiche Mitarbeiter und Assistenten Material für die einzelnen Abstimmungen zusammen. Das Abstimmungsverhalten wird in der Fraktion diskutiert, festgelegt und dann auf Formblättern in Listen eingetragen: Änderungsantrag zur »Situation in der Ukraine«, Paragraph 34, Änderung 14/2: JA, NEIN oder SCHEISSEGAL.

Als fraktionsloser Abgeordneter hat man natürlich keine Chance, die Änderung 14/2 zu kennen. Oder den Änderungsantrag zur Situation in der Ukraine. Oder die Situation in der Ukraine selbst. Zum Glück habe ich ein politisches Patentrezept, das mir die Abstimmungen erleichtert: Getreu dem Wahlkampf motto der PARTEI stimme ich im Plenum immer abwechselnd mit JA zu Europa und NEIN zu Europa. Das bin ich meinen Wählern schuldig, und es ist bei den eineinhalb Sekunden Bedenkzeit, die

bei jeder Entscheidung eingeräumt werden, auch gut zu schaffen. Kaputt machen kann ich Europa damit nicht, das stelle ich recht schnell fest: Eine Große Koalition aus der konservativen »Europäischen Volkspartei« (EVP) und der »Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten« (S&D) bestimmt im Plenum die Geschicke Europas. Knappe Abstimmungen gibt es fast nie, zusammen können die beiden größten Fraktionen durchsetzen, was immer ihnen gefällt.

Ich steige politisch sofort ganz groß ein, stimme vollkommen entspannt mit JA und NEIN erst mal zu Ebola, zum Israel-Palästina-Konflikt und zur Gastronomie in Spanien.

Dabei bleibt sogar noch Zeit, meinem FPÖ-Nachbarn zuzuschauen, wie er mit seinem dicken Daumen in seiner Liste abrutscht, ein paarmal gegen seine Parteilinie stimmt und dann hektisch wieder den Anschluss sucht. Typisch Österreicher! Als ich allerdings feststelle, dass ein paar Reihen vor mir eine auffällig in Pink gekleidete Cheerleaderin aufgestanden ist und mit Daumen hoch und Daumen runter ihrer Fraktion Hilfestellung leistet, ist meine Konzentration dahin. Jede Fraktion hat, das sehe ich jetzt, einen Vorturner, der zur Sicherheit in jeder einzelnen Abstimmung die Fraktionslinie aufzeigt.

Ich verpasse meinen Einsatz und stimme konfus dem Entschließungsantrag B8-0081/2014 zu, danach zusammen mit Beatrix von Storch (AfD) gegen irgendwas und schlussendlich sogar noch für die Möglichkeit einer »Schubumkehr im Erdgasbereich (Ukraine-Konflikt)«.

Einen Moment lang bin ich entsetzt. Dann mache ich mir klar, dass alles Wichtige ohnehin von einer Großen Koalition durchgewinkt oder blockiert wird. Und zwischendurch lediglich Dutzende von bedeutungslosen Textänderungsvorschlägen zur Wahl



stehen. Trotzdem, als die Schulkingel zum Sitzungsende ertönt, bin ich mit den Nerven fertig.

Endlich große Pause! Das Plenum leert sich. Ich warte, bis nur noch ein paar Putzfrauen anwesend sind, und schlendere dann zum Sitzplatz von Udo Voigt (NPD) in der Reihe hinter mir, mal nachschauen, ob er schon ein paar Hakenkreuze in seinen Tisch geritzt hat oder Kritzeleien: »Fck freihtl.demokrt. Grndordn!« Sein Pult ist wider Erwarten tadellos, ich kontrolliere kurz seine Notizen, aus denen man lediglich ersehen kann, dass er beflissen mitschreibt (»Vor Abstimmung: Panoramafoto!« »Grundwerte + Menschenrechte – für Mittwoch vorbereiten!«), die deutsche Rechtschreibung zu großen Teilen beherrscht und wichtige Funktionsträger ziel-sicher durcheinanderwirft (»Commisionspräsident De Gucht«).

Die Zeitung, die unter dem Tisch hervorragt, sieht eindeutig nach *Junge Freiheit* aus, erweist sich aber beim Herausziehen überraschenderweise als – *taz*. Sollte Voigt langsam senil werden? Ein Blick in den aufgeschlagenen Artikel beruhigt mich: »Hakenkreuze auf der Schulbank« lautet die Überschrift, Voigt bildet sich also lediglich weiter und ist völlig klar im Kopf. Schnell ein Foto und ab auf Facebook damit, dann gehe auch ich in die Mensa.

Das Foto schicke ich abends an die *taz*, mit dem Hinweis, dass es doch eine nette Werbekampagne wäre: »Selbst unsere Nazis lesen die *taz!*« – aber ich erhalte keine Antwort.

Als ich leicht verspätet ins Plenum zurückkomme, raunzt mich mein bulliger FPÖ-Nachbar an: »Was fällt Ihnen ein?! Schon mal was von Privatsphäre gehört?! An die Schreibtische von Kollegen gehen! Beim nächsten Mal poste ich auf Facebook, dass Sie selten da sind. Das wird sicherlich Ihre Wähler interessieren!« Ich überlege, ihm zu erklären, das sei jetzt eine Straßensache – er solle mit rauskommen, vors Parlament. Aber da ich mich mit zehn zum letzten Mal richtig geprügelt habe und der bullige Steiermärker eine fragil wirkende Brille trägt, entgegne ich lediglich, dass das meine Wähler sicherlich interessieren würde. Abends im Bett überlege ich, ob ich Martin Chulz bitten soll, uns auseinanderzusetzen.

STRASSBURG, PLENUM

Der dritte Sitzungstag bringt die erste EU-Krise mit sich: Der Fahrdienst hat logistische Probleme, 20 Minuten lang warte ich vor dem Hoteleingang. Die Abstimmungen an diesem Donnerstagmorgen sollen pünktlich um 10 Uhr beginnen, um 9.50 Uhr ist der Wagen endlich da. Um 10.05 Uhr stürme ich ins Plenum (nicht ohne im Vorübergehen eine Art Unterschrift im Anwesenheitsbuch zu platzieren). Zu spät, Massen von gut gelaunten Europäern kommen mir bereits entgegen, jemand winkt, ruft auf Deutsch »Schon alles vorbei!«. Da, ein bekanntes Gesicht, eine Parlamentarierin der Grünen. Ich frage:

»Was haben Sie gemacht?«

»Ich glaube, wir haben abgestimmt!«

»Ah, das ist gut, worum ging es?«

»Weiß nicht, aber es war per Handzeichen und ging mit großer Mehrheit durch!«

Sachdienlicher Hinweis auf der Homepage des EU-Parlaments

Während der Plenartagungen treffen die Parlamentsmitglieder bedeutende Entscheidungen.

Sachdienlicher Hinweis meines palästinensischen Friseurs

Was wollen EU? Was machen EU? Nichts hören von EU! Nur Haufen dumme Gesetze!

Im Fahrstuhl ist die Stimmung ausgelassen, das Ganze erinnert plötzlich an den letzten Schultag. In breitestem Österreichisch werden Assistentinnen angewiesen, die 16-Uhr-Flüge umzubuchen, man könne die Maschine davor noch erreichen. Auf den Fluren ist der Schlenderschritt, der in Brüssel und Straßburg von Montagabend bis Donnerstagmittag vorherrscht, einem schnellen, präzisen Laufstil gewichen, die Kofferrollgeschwindigkeit hat sich verdreifacht. Ich leere eine Flasche Gewürztraminer und nehme den nächsten Zug nach Berlin. Die EU-Sommerferien haben begonnen.

BRÜSSEL, UMLAND

Für einen letzten »heute show«-Beitrag treffe ich 20 Kilometer außerhalb von Brüssel den Waffenlobbyisten Giles Merritt, Chairman der Security & Defense Agenda, eines einflussreichen Think-tanks mit zwei weiteren politischen Schwergewichten an der Spitze: Javier Solana, vormals Hoher Vertreter der EU für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, und Jaap de Hoop Scheffer, ehemaliger NATO-Generalsekretär.

Sachdienlicher Auszug aus dem Gespräch

Martin Sonneborn: Mr. Merritt, wir treffen Lobbyisten auch aus anderen Bereichen, lassen uns von denen einladen und bekommen tolles Essen bezahlt, Champagner und Muscheln. Würden Sie uns auch einladen?

Giles Merritt: Sehr gern, aber ich habe heute Abend schon 150 Gäste.

Martin Sonneborn: Einige Verteidigungsminister und Generäle darunter?

Giles Merritt: Ja, sogar der russische Konsul.

Martin Sonneborn: Gute Güte, ist das nicht gefährlich?

Giles Merritt: Nein, überhaupt nicht. Er ist eine Pussycat.

Martin Sonneborn: Der russische Konsul ist eine Pussycat? Ist Putin auch eine Pussy?

Giles Merritt: Ja, absolut. Er ist sehr simpel. Ich glaube nicht, dass er begriffen hat, welche Auswirkungen die Ukraine Krise auf die russische Wirtschaft hat.

Martin Sonneborn: Glauben Sie, wenn Engländer, Deutsche und Franzosen zusammenhalten, können wir den Russen plattmachen?

Giles Merritt: Ja, sicherlich ...

Martin Sonneborn: (zeigt auf eine Katze, die an der Balkontür auftaucht) Da ist eine Pussy auf dem Balkon.

Giles Merritt: Was zum Teufel geht hier vor, in meinem Haus?

BRÜSSEL, VERTRETUNG DES LANDES BADEN-WÜRTTEMBERG BEI DER EU

Ein paar hundert Lobbyisten, Politiker und Beamte stehen zur besten Abendbrotzeit in der 20 Millionen Euro teuren Residenz des Landes Baden-Württemberg herum, bedienen sich an Buffets und gesponsorten Theken. Vorsichtig nippe ich an irgendetwas Hochprozentigem mit gesundem Fruchtanteil, weil ich noch etwas angeschlagen bin vom gestrigen Empfang der Landesvertretung Hessen (Jahresmiete: knapp drei Millionen Euro). Hier war ich ohne Vorwarnung auf den Anblick Volker Bouffiers getroffen, der zudem gerade neben Peter Altmaier stand, der sich gerade halb über einem runden Stehtisch liegend ein halbes Schwein mit Sahne einverleibte.

Ein Mann tritt auf mich zu und reißt mich aus meinen Gedanken. Er kommt vom Verband Deutscher Zeitschriftenverleger, ist *Titanic*-Abonnent und freut sich, mich zu sehen. Ein britischer Kollege, der routinemäßig die Abgeordneten scannt, habe ihm erzählt, ich sei ein interessanter Abgeordneter: In einem Interview hätte ich angeregt, Millionen Euro an Qualitätsprintmedien – *FAZ*, *SZ*, *Spiegel* und *Titanic* – zu verteilen. Ich erwidere, ich hätte umdisponiert: Die *Süddeutsche* stelle seit ihrem Rechtsruck in den vergangenen Monaten kein Qualitätsmedium mehr dar, und jetzt springt ein bisschen mehr Geld für *Titanic* heraus.

Der Abonnent lacht und fragt, was denn die *SZ* verbrochen habe. Ich erzähle ihm, dass mir kürzlich beim Frühstück ein kleiner Artikel im vorderen Teil aufgefallen sei, in dem von einer Umfrage berichtet wurde, die ergeben habe, dass relativ viele Deutsche glaubten, die maßgeblichen Entscheidungen in Deutschland würden durch die Wirtschaft gefällt, nicht durch die Politik. Überschrieben war die Meldung mit dem Satz »Immer mehr Deutsche linksradikal«.

Der Verband Deutscher Zeitschriftenverleger nimmt meine Kritik zur Kenntnis und warnt mich dann, dass die Sender in Brüssel gut aufgestellt seien und überall ihre Lobbyisten hätten. Recht hat der Mann, denke ich, als er in Richtung Buffet abgeht.

Zwei Interessenvertreter von *ARD* und *ZDF* hatten mich bereits in der ersten Sitzung des Kulturausschusses im kleinen Sitzungssaal des Parlamentes abgefangen und sich vorgestellt. Wir hatten uns gegenseitig der großen Bedeutung des *ZDF* im Bereich bewegter Bilder versichert, dann waren wir als Freunde geschieden.

SEPTEMBER 2014

BRÜSSEL, BÜRO

Das Sekretariat der fraktionslosen Abgeordneten ruft an: ob ich dem designierten Kommissar Günther Oettinger in der Anhörung morgen Nachmittag eine Frage stellen wolle. Die 28 angehenden Kommissare werden traditionell einzeln in einer je dreistündigen Befragung durch das Parlament auf ihre fachliche und persönliche Eignung für das angestrebte Amt getestet.

Es sei Gepflogenheit, höre ich aus dem Sekretariat, dass aus jeder Fraktion ein Abgeordneter eine Frage in der Muttersprache des angehenden Kommissars stelle. Selbstverständlich sage ich zu, die rechtsradikalen Österreicher können schließlich kein richtiges Deutsch, und Udo Voigt will hier niemand hören. Ich informiere meinen (depressiven) Redenschreiber in Berlin über seine erste Aufgabe. Dann lege ich die Füße auf den Tisch und frische meine Erinnerungen an Oettinger ein bisschen auf. Persönlich habe ich nichts gegen den Mann, außer dass er natürlich schon aufgrund seines Alters eine Fehlbesetzung ist im wichtigen Digitalressort. Kann Oettinger überhaupt googeln? Und ist ihm klarzumachen, dass wir uns von den amerikanischen Internetmonopolisten unabhängig machen müssen? Google nicht bei Google, Oettinger, wir brauchen eine europäische Suchmaschine, wir brauchen ein – Eogle! Würde er das überhaupt verstehen können?

Dass die Medien flächendeckend über die Befragung berichten werden, beruht letztlich auf einem Missverständnis. Die Verwaltung hatte nämlich vergessen mir mitzuteilen, dass die anstehende Befragung durch das Parlament ein reines Schauspiel für die interessierte Öffentlichkeit darstellt. In einer Großen Koalition hat natürlich niemand die Absicht, die Kandidaten der Gegenseite wirklich auf Herz und Nieren zu prüfen, geschweige denn, sie in irgendeiner Weise zu beschädigen; zumal die ganze Kommission mit allen 28 Kommissaren anschließend in einer einzigen Blockwahl vom Parlament abgenickt wird. Und selbst wenn man einen Kommissar in die Zange nehmen wollte, die Spielregeln würden es verhindern: Als Abgeordneter hat man exakt eine Minute Zeit, seine Frage zu formulieren – wie bei Reden im Parlament läuft an der Wand eine digitale Zeitanzeige gut sichtbar mit –, und der Kommissar hat dann bis zu zwei Minuten Zeit, eine Antwort darauf wortreich zu verweigern. Eine Nachfrage ist nicht gestattet, der Kommissar hat immer das letzte Wort.

Sachdienlicher Hinweis der FAZ

Martin Sonneborn »grillt« Oettinger: »Was sind eigentlich Inkunabeln?«

Die Anhörungen der designierten EU-Kommissare sind für die Beteiligten keine angenehme Veranstaltung: Drei Stunden werden die Kandidaten von den Abgeordneten im Europaparlament »gegrillt«. Getestet werden die Bewerber auf ihre fachliche und persönliche Eignung – doch als Anwärter auf den Posten des Digitalkommissars musste sich Günther Oettinger (CDU) am Montagabend auch eine gehörige Portion Ironie von dem EU-Abgeordneten Martin Sonneborn gefallen lassen.

Eigentlich wollte ich Oettinger die Frage stellen, die mein (depressiver) Redenschreiber mir mit auf den Weg gegeben hatte: »Lieber Dr. Oetker, was ist der Vorteil von digital gegenüber analog, und wie kann die EU davon profitieren?«

Aber dann erscheint mir das angesichts eines 60-jährigen Herrn, für den das Digitalressort selbst überraschend kommt und

der sich das Internet nach eigener Aussage von seinem Sohn erklären lässt (vermutlich um die 40 Jahre alt – also viel zu alt, um etwas vom Netz zu verstehen!) statt von seinem Enkel (vermutlich 13 Jahre und damit bestens informiert), doch zu brutal. Ich entscheide mich deshalb für eine etwas verbindlichere Variante:

»Herr Oettin... ähem, Oettinger, werden Sie sich in Ihrer Funktion als Digitalkommissar für das Recht auf Vergessen im Internet einsetzen und, wenn ja, wie wollen Sie verhindern, dass etwa folgende Informationen aus Versehen gelöscht werden:

Ihre Ausführungen zur Nazivergangenheit von Hans Filbinger; Ihr Vorschlag, das Motorradfahren auf öffentlichen Straßen komplett zu verbieten; dass Ihre Freundin ein Einkaufscenter auf dem Gelände von Stuttgart 21 errichten will; Ihr legendärer Tübinger Ausspruch, Zitat: »Das Blöde ist, es kommt kein Krieg mehr!«; dass Sie schwäbische mittelalterliche Inkunabeln verhökern wollten. Was ist das überhaupt? Und dass Sie den Führerschein mit 1,4 Promille abgeben mussten. Wie wollen Sie verhindern, dass das alles aus dem Internet verschwindet? Und: Können Sie die Frage bitte auf Englisch beantworten?«

Allgemeines Gelächter im Sitzungssaal. Wie würdelos!

Sachdienlicher Hinweis der FAZ

Das sogenannte Recht auf Vergessen ist einer der Kernpunkte der europäischen Datenschutzreform, die Anfang 2012 von der EU-Kommission vorgeschlagen wurde und nun in den Beraterrunden der EU-Staaten wieder zu veralten droht.

»Ich habe die Absicht, Ihre Fragen zu beantworten, aber Ihre Befehle nur eingeschränkt zu befolgen«, konterte Oettinger mit starrer Miene und auf Deutsch. »Ich habe meinen Führerschein vor einem Vierteljahrhundert verloren, dazu stehe ich.«

Wenn Sie sich für die weiteren Antworten interessieren – besonders was Oettinger zu Inkunabeln sagt, führte anschließend zu einem kleinen Historikerstreit im Netz –, können Sie einen Mitschnitt der Befragung gern auf meiner Homepage ansehen.

Sachdienlicher Hinweis aus dem Netz

Dr. Klaus von Anderen: mediävistikprofessor dr. dr. Günthrottinger:
»Inkunabeln sind historische Gegenstände« #oettinger #witzkommissar

BRÜSSEL, BÜRO

Büroleiter Hoffmann ist noch dabei, die Medienberichterstattung über die Geschehnisse des Vortages zu analysieren, da kommt ein Anruf aus dem Brüsseler Büro der FAZ. Das Politikressort bittet um ein telefonisches Interview. Ich gebe es gern, zumal die PARTEI sonst eher als ein Fall für das Feuilleton der großen Tageszeitungen gilt. Mein Gegenüber ist bestens vorbereitet und hat unser Wahlprogramm zur EU-Wahl (siehe Anhang) studiert.

Sachdienlicher Hinweis der FAZ

FAZ: Welche dieser Forderungen hoffen Sie denn überhaupt verwirklichen zu können?

Martin Sonneborn: Es gibt drei ernste Anliegen, für die ich mich einsetzen möchte. Das erste ist die Einführung eines Amazon-freien Mittwochs. Das stößt unter den Leuten auf viel Sympathie. Ich weiß selbst, dass es aus Bequemlichkeit schwer ist, auf Amazon zu verzichten. Ich möchte die Leute dafür sensibilisieren, dass sie wissen, was sie da tun.

FAZ: Und der zweite Punkt?

Martin Sonneborn: Ich möchte die 390 Millionen Euro, die sich das öffentlich-rechtliche Fernsehen durch die Einführung der Haushaltsabgabe, die in meinen Augen rechtlich so nicht haltbar ist, ergaunert hat, auf die Printmedien in Deutschland umschichten. Ich glaube, dass das Kulturgut Zeitung bedeutender und auch schützenswerter als jemals ist. Ich möchte, dass diese 390 Millionen Euro an die *Süddeutsche*, die FAZ, den *Spiegel* und die *Titanic* gehen. Das werde ich im Kulturausschuss vertreten.

FAZ: Und die dritte Forderung?

Martin Sonneborn: Ich mache mich stark für die Wiedereinführung der europäischen Gurkenkrümmungsverordnung. Das Parlament hat sie 2009 abgeschafft. Ich möchte die Verordnung für den Export von deutschen Waffen, von dem es ja zurzeit wieder sehr viel gibt, wiedereinführen, jeweils zwei Zentimeter Krümmung auf zehn Zentimeter Lauf. Das habe ich gerade meinem CDU-Parlamentskollegen David McAllister geschildert. Er fand, das sei eine sehr interessante Idee, und ist dann in einen Aufzug gesprungen, der zufällig anhält. Offenbar war es ihm egal, ob er nach oben oder unten fuhr.

FAZ: Letzteres war uns noch nicht bekannt. Über Ihre anderen Forderungen ist ja schon geschrieben worden.

Martin Sonneborn: Ich kann Ihnen auch etwas nennen, das Sie noch nicht gelesen haben. Ich möchte Europa umbauen – in ein Kerneuropa mit 27 Satellitenstaaten. Daran arbeite ich.

FAZ: Ein Europa mit 27 Mitgliedsstaaten? Wer ist dann der 28., der Fixstern?

Martin Sonneborn: Sagen wir mal so: Sie zahlen dort Ihre Steuern. Ausländer verstehen das übrigens sofort, wenn ich so formuliere.

Die letzte Antwort wird etwas anders gedruckt, als ich sie tatsächlich gegeben habe. Auf die Frage nach dem Fixstern in der EU hatte ich etwas überrascht gesagt: »Gehen Sie mal in Ihre Wirtschaftsredaktion und fragen Sie dort nach.« Der Politikredakteur entgegnete: »Das kann ich so nicht aufschreiben. Ich bin gerade von der Wirtschaftsredaktion in die Politik gewechselt, wenn Sie das so sagen, glauben die Kollegen, ich hätte das selbst da redigiert.«

BRÜSSEL, EU-PARLAMENT

Nach dem Telefonat gehen Hoffmann und ich in die MEP-Bar im Erdgeschoss und bereiten uns auf die Befragung eines zweiten angehenden Kommissars vor.

Tibor Navracsics heißt der Mann, den ich heute Abend befragen darf. Er stammt aus Ungarn und soll Kommissar für Kultur, Bildung, Jugend und Bürgerrechte werden. Die Spielregeln sind die gleichen wie bei Oettinger. Nach einer längeren Recherche formulieren wir die Frage an den vormaligen ungarischen Justizminister, den Mann, der als Orbáns Kabinettschef Justiz, Parlament und Medien vorbildlich gleichgeschaltet und das Land sauber auf Parteilinie gebracht hat.

Sachdienlicher Hinweis von IG Kultur, Österreich

Für manche gilt Tibor Navracsics (FIDESZ) als eher ruhiger, gelassener Politiker in der demokratiepolitisch vielfach kritisierten ungarischen Regierung Viktor Orbáns. Nichtsdestotrotz ist er als Justizminister unmittelbar für das repressive Mediengesetz zuständig, das bekanntlicherweise darauf abzielt, regierungskritische Medien zum Verstummen zu bringen. Der Pester Lloyd bezeichnet ihn etwa als »Master-Mind hinter dem systematischen Demokratie- und Rechtsstaatsabbau in Ungarn« und als »Geschichtsreversionisten«.

Der rechtskonservative Umbau Ungarns von der Verfassung bis zu Kunst und Kultur ist zum traurigen Symbol für einen erstarkten Nationalismus in Europa geworden, der sich insbesondere gegen Minderheiten wie Roma und Sinti, Lesben und Schwule und gegen Juden und Jüdinnen richtet.

Pester Lloyd

Abgeordneter fordert »Judenählung« im Parlament

Auf der Montaglichen Sitzung des ungarischen Parlamentes stellte der Abgeordnete der neofaschistischen Partei Jobbik, Márton Gyöngyösi, einen Antrag zur Geschäftsordnung und forderte den Parlamentspräsidenten auf, »festzustellen, wie viele Juden im Parlament und in der Regierung sind«, da sich daraus, anlässlich der Gazakrise, »ein Risiko für die nationale Sicherheit« ergäbe.

Die Frage die ich ihm stellen will, ist recht naheliegend: »Sehr geehrter Herr Navra... ähem, ...csics, in Ihrem Land stehen anti-